BEKENNENDE KIRCHE UND BREKLUMER MISSION
IM KIRCHENKAMPF 1933 BIS 1945

KLAUSPETER REUMANN

Die „Evangelisch-lutherische Missionsanstalt zu Breklum“ war seit ihrer Gründung eine selbständige kirchliche Einrichtung außerhalb der schleswig-holsteinischen Landeskirche. Diese institutionelle Eigenständigkeit eröffnete ihr in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft eine einzigartige Freiheit, während die Landeskirche von den nationalsozialistischen „Deutschen Christen“ erobert und mit dem politischen Führerstaat gleichgeschaltet wurde.

Die Breklumer Mission unterlag keiner Anpassungsautomatik, sondern ihre Leitung – Dr. Martin Pörksen seit 1934 als Missionsinspektor und seit 1937 als Direktor – war dadurch frei genug, sich auch gegen die neue, systemkonforme und deutschchristlich beherrschte Landeskirche zu stellen. Pörksen schloss sich aus Glaubengebundenheit der den Deutschen Christen entgegertretenden Bekenntnisgemeinschaft an und gehörte deren Führungsorgan, dem Landesbruderrat, während der gesamten Kirchenkampfzeit¹ an.

Dennoch hat Pörksen die Selbständigkeit Breklums nicht als abschirmende Defensive verstanden; er hat sich vielmehr in all jenen Jahren auch für die Landeskirche verantwortlich gefühlt und engagiert für ihre rechte, bekenntnismäßige Gestaltung, frei von den 1933 geschaffenen Überfremdungen, eingesetzt. Er tat dies in der oppositionellen Bekenntnisgemeinschaft, besonders als sich 1936 und 1945 realistische Chancen zu einer alternativen oder gänzlich neuen Landeskirche boten.

Für die Bekenntnisgemeinschaft umgekehrt bedeutete Breklum allein schon durch seine pietistische Tradition und Praxis eine Unterstützung seines strikt auf Bibel und Bekenntnis gegründeten Anliegens; es bedeutete darüberhinaus aber auch einen ganz konkreten Rückhalt für die theologische und kirchenpolitische Öffentlichkeitsarbeit der Bekenntnisgemeinschaft, weil ihr die Breklumer Schriftenreihe sowie der hauseigene Verlag mit Buchhandlung offenstanden, – trotz mehrfacher politischer Verbote und Beschlagnahmen durch die Polizei.

¹ Zum Gesamtzusammenhang siehe Klauspeter Reumann, *Der Kirchenkampf in Schleswig-Holstein von 1933 bis 1945*, in: *Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte*, Bd. 6.1, *Kirche zwischen Selbstbehauptung und Fremdbestimmung*, Neumünster, 1998, S. 111–451.

DIE SELBSTDARSTELLUNG DER DEUTSCHEN CHRISTEN IN SÜDTONDERN

Die Breklumer Missionsanstalt war von ihren Anfängen an auf das Feld der Ökumene gewiesen, – konzeptionell durch ihren Gründer, Christian Jensen, und praktisch durch ihr Werk der christlichen Glaubensausbreitung in Indien und China. Für ihre Leiter, Mitarbeiter und Anhänger bedeutete daher das Aufkommen der nationalsozialistischen Deutschen Christen eine diametrale Gegenbewegung, weil sie im Kern ihres Programms auf ein „artgemäßes“, eben spezifisch deutsches Christentum abzielten. Sie propagierten einen volksnahen, tätigen und heldischen Glauben, losgelöst von den alttestamentlich jüdischen Traditionen und bejahend hingewandt zum entstehenden Hitler-Staat.

Im Breklumer Umfeld wurde das deutschchristliche Gedankengut auf der amtlichen Frühjahrskonferenz am 28. April 1933 bekanntgemacht, zu der Propst Kasch die Pastoren der Propstei Südtondern eingeladen hatte.² Redner war der Kieler Pastor Adalbert Paulsen, der führende deutschchristliche Geistliche im Lande und alsbaldige Landesbischof in der neuen, ausschließlich mit Deutschen Christen besetzten Kirchenleitung Schleswig-Holsteins.

Sein Vortrag „Zur gegenwärtigen kirchlichen Lage“ diente einseitig dazu, die von der Berliner DC-Zentrale herausgegebenen „Richtlinien der Glaubensbewegung Deutsche Christen“ zu erläutern. Indem Paulsen die programmatische „Artgemäßheit“ des deutschen Glaubens wortreich auf die deutschen Kulturtraditionen vom Mittelalter bis zur Gegenwart bezog, konnten seine Zuhörer das noch als entfernt verwandt und vereinbar mit ihrem Anliegen der Volksmission verstehen, die ja gerade im Breklumer Raum hoch geschätzt war. Paulsen beugte sogar dem möglichen Einwand einer anti-ökumenischen oder anti-jüdischen Tendenz seiner Richtlinien vor, wenn er ausdrücklich erklärte: „Jeder Rassenhass wäre eine Farce, eine Sinnlosigkeit. Es gibt nur einen Unterschied: Christ oder Nichtchrist.“

Durch diese freilich eigenwillige Abschwächung der antijüdischen Tendenz der offiziellen DC-Richtlinien mochte hier der fundamentale Gegensatz zwischen Deutschchristentum und Ökumene ausgeräumt erscheinen, denn über eine anschließende kontroverse Aussprache hat Propst Kasch nichts notiert. Dafür spricht auch, dass im zweiten Vortrag der Breklumer Missionsinspektor P. Stäcker über „Das Werden einer selbständigen Volkskirche auf dem Missionsfelde“ sprach, anscheinend ganz parallel zu dem von Paulsen umrissenen Deutschchristentum hierzulande.

² Kirchenkreisarchiv Südtondern, Leck, Abt. II, Nr. 19, Einladung vom 21. April 1933 und rückseitig Mitschrift des Propstes „3 Grundgedanken der Gl.bew. d. Chr.“ [Glaubensbewegung deutsche Christen].

Die Veranstaltung löste nicht nur keinerlei Konflikt aus, sondern im Gegenteil trat Propst Kasch den Deutschen Christen bei und wurde sogar deren Propsteileiter, auch P. Wester, Westerland, wurde damals DC-Mitglied. Beide traten jedoch schon nach den zugunsten der Deutschen Christen manipulierten Kirchenwahlen vom Juli wieder von dieser Bewegung zurück, Kasch wurde im Gefolge der „Braunen Synode“ (September 1933) von den neuen Herren der Kirche seines Propstenamtes enthoben. Wester, Kasch, Stäcker und die weitaus meisten Pastoren dieser Propstei schlossen sich der im Herbst entstehenden Bekenntnisgemeinschaft an, die zunächst als „Not- und Arbeitsgemeinschaft schleswig-holsteinischer Pastoren“ der kirchlichen Alleinherrschaft der Deutschen Christen entgegentrat.

DIE ZERREISSPROBE DES BRUDERKREISES

Seit 1929 war in Schleswig-Holstein ein „Bruderkreis junger Theologen“ zusammengewachsen, dessen Mitglieder in regelmäßigen Rundbriefen die bewegenden Orientierungsfragen der Zeit diskutierten: ihren persönlichen Christusdienst, die liberale Theologie, die Volksnähe der Kirche, das Verhältnis von Kirche und Politik³. Nach der politischen Machtübernahme der Nationalsozialisten zwischen Januar und März 1933 verengten sich die Themen des Bruderkreises, dem inzwischen auch Pörksen, damals noch Pastor in Gelling/Angeln, beigetreten war, auf das Für und Wider zur NS-Bewegung.

Die neuen Positionierungen der Pastoren rissen solche Gegensätze auf, dass die brüderliche Gemeinschaft auseinanderzubrechen drohte. Um dies abzuwenden, beraumte der Vorstand kurzfristig ein außerordentliches Mitgliedertreffen anlässlich des Breklumer Jahresfestes Mitte Juni an, denn dort wußte man die meisten ohnehin anwesend. Freunde der Breklumer Mission zu sein, gehörte offenbar zu ihren theologischen Gemeinsamkeiten.

Jetzt aber gewannen die Gegensätze die Oberhand. Vordergründig war gar nicht die neue Herrschaft der NSDAP strittig, sondern das gleichzeitige Altonaer Bekenntnis der dortigen Pastoren. Da nun der NS-Gauleiter das Bekenntnis gegen seine nun staatstragende Partei gerichtet sah und es vehement bekämpfte, wurde dieses kirchliche Zeugnis zu einer politischen

³ Christian Dethleffsen, *Pastorale Existenz in der Endphase der Weimarer Republik: Der „Bruderkreis junger Theologen“ in Schleswig-Holstein 1929–1933*, in: Klauspeter Reumann (Hrsg.), *Kirche und Nationalsozialismus, Beiträge zur Geschichte des Kirchenkampfes in den evangelischen Landeskirchen Schleswig-Holsteins*, (= Schriften des Vereins für Schleswig-Holsteinische Kirchengeschichte, R. I, Bd. 35, Neumünster, 1988).

Scheidelinie: Wer es bejahte oder sogar daran mitgearbeitet hatte, galt den NS als Gegner, wer es ablehnte, drückte damit seine nationalsozialistische Gesinnung aus.

Durch diese Parteinahme hatte sich im Bruderkreis eine Gruppe nationalsozialistischer Deutscher Christen formiert und diese wiederum eine noch undifferenzierte Gegengruppierung ausgelöst, – beides entgegen dem ursprünglichen Prinzip der brüderlichen Gemeinschaft. Deshalb erklärte der Vorstand in Breklum seinen Rücktritt und den Bruderkreis für aufgelöst. Er betraute sogleich P. R. Wester damit, neue Richtlinien für einen neu zu gründenden Bruderkreis zu entwerfen. Wester meisterte diese Aufgabe auf der Stelle, – zusammen mit einem Kreis von sechs Brüdern, unter ihnen auch Pörksen.

Wester war damals Deutscher Christ, und sein Breklumer Redaktionskreis stellte in aller Eile die neuen Richtlinien auf das gerade herausgegebene „Wort der ostpreußischen Pfarrer zur Stunde“.⁴ Wenn es auch die Christusverkündigung als „höchste Aufgabe der Kirche“ festhielt, so gab es dennoch der neuen, nationalsozialistischen Ordnung in Regierung und Volk weiten Raum; es war ein systemkonformes Dokument, allerdings eines des gemäßigten Deutschchristentums, das sich ausdrücklich vom radikaleren der Berliner DC-Zentrale abhob. Dass der Breklumer Kreis in den selbst formulierten Teilen seines Textes die „vor allem volksmissionarische Arbeit“ des Bruderkreises herausstellte, wird einer Anregung Pörksens zuzuschreiben sein. Die innere und äußere Geschlossenheit des neuen Bruderkreises sollte „als Notbehelf“ dadurch gewährleistet werden, dass „die Bildung besonderer Gruppen“ geduldet würde.

Auf der Grundlage dieser Richtlinien wählten die in Breklum versammelten Brüder dann P. J. Tramsen/Innien zum neuen Vorsitzenden. Seinem Aufruf zum Wiedereintritt in den Bruderkreis war eine von Prof. K. D. Schmidt verfasste und von den Anwesenden unterschriebene Erklärung zur kirchlichen Lage angefügt, die nochmals ihr gemäßigtes Deutschchristentum unterstrich. Sie sprachen dem vom Kirchenausschuss zum Reichsbischof vorgeschlagenen P. F. Bodelschwingh/Bethel, ihr Vertrauen aus und richteten „die Bitte an seine Gegner, um des Friedens willen alle Bedenken zurückzustellen und alles zu vermeiden, was zur Spaltung der Kirche führen könnte.“⁵ Diese

⁴ Nordelbisches Kirchenarchiv Kiel (künftig:NEKA), 98.40 Nachlass Wester; da dieser auch die Nachlässe seiner Nachfolger Tramsen und Treplin enthält, bezeichne ich ihn als Archiv der Bekennenden Kirche (künftig ABK), hier ABK 2, Protokoll des Breklumer Treffens vom 15. Juni 1933; das Wort der ostpreuß. Pfarrer s. Niederdeutsche Kirchenzeitung, H. 10 vom 15. Mai 1933, S. 178f.

⁵ NEKA 98.40, ABK 2, handschriftl. Fassung der Erklärung des Bruderkreises zur kirchlichen Lage, Pkt. 4.

Widersacher waren die radikalen Berliner Deutschen Christen um Hossfelder, die – vom Reichskanzler Hitler massiv unterstützt – einen anderen Reichsbischof durchsetzen wollten und es Ende Juni 1933 auch erreichten. Der angestrebte zweite schleswig-holsteinische Bruderkreis kam über den erneuten Anlauf in Breklum nicht mehr hinaus, denn das entworfene Eilprogramm konnte die auseinanderklaffenden Flügel nicht mehr zusammenfügen.

Nachdem die Deutschen Christen im Sommer 1933 durch manipulierte Kirchenwahlen und im Herbst durch eine gleichgeschaltete Landessynode die Leitungsämtler der Landeskirche eroberten, wandten sich die meisten und in Breklum aktivsten Pastoren wie Wester, K. D. Schmidt, Tramsen, Pörksen desillusioniert von ihrem anfänglichen Deutschchristentum ab und schlossen sich zu einer „Not- und Arbeitsgemeinschaft schleswig-holsteinischer Pastoren“ zusammen, der Vorläuferin der späteren Bekenntnisgemeinschaft.

IM GEFLECHT DER KIRCHENPOLITISCHEN FRONTEN 1933/34 DIE DEUTSCHEN CHRISTEN

Die Deutschen Christen ergriffen auf der Landessynode vom Herbst 1933 die Leitung der schleswig-holsteinischen Landeskirche. Sie entsetzten die beiden Bischöfe für Schleswig und Holstein, Völkel und Mordhorst, gegen deren Willen, aber auch ohne deren Widerstand ihrer Ämter und schufen das Amt eines einzigen Landesbischofs, in das sie P. Adalbert Paulsen (DC) beförderten. Ihre deutschchristliche Alleinherrschaft gründete die Synode vor allem auf einen neuartigen Landeskirchenausschuss, dem sie gesetzgebende wie auch verfassungsändernde Kompetenzen beilegte. Ein kirchliches Beamten-gesetz ermöglichte es, auch auf den unteren Ebenen der Propste und Pastoren eine Personalpolitik im DC-Sinne durchzusetzen.

In den folgenden Wochen veranlaßte dieser Ausschuss den Landesbischof, jene Propste abzusetzen, die sich nicht den Deutschen Christen anschlossen, – und das waren knapp über die Hälfte der amtierenden Propste. Zu ihnen gehörte in der unmittelbaren Nachbarschaft Breklums Propst Kasch. Er hatte sich den Unmut der Deutschen Christen zugezogen, seitdem er seine anfängliche Funktion als Propsteileiter der Deutschen Christen Südtondern zurückgegeben hatte. Neuer Propst wurde nun P. Gottfriedsen aus der deutschen Freigemeinde Nordschleswig.

Dieser Eingriff hat wesentlich dazu beigetragen, dass sich in dieser Propstei die Mehrzahl der Pastoren von den Deutschen Christen fernhielt und dass sich der Breklumer Vorstand bei der damals gerade anstehenden Neuberufung eines Missionsinspektors um einen entschiedenen Nicht-DC-Pastor bemühte, um P. Dr. Martin Pörksen, Gelting. Mit solcher Ablehnung der in-

nerkirchlichen Glaubensbewegung der Deutschen Christen war es damals freilich in ein-und-derselben Person vereinbar, die politische NS-Bewegung gutzuheißen, wie sowohl M. Pörksen als auch R. Wester bezeugen.⁶

DIE BEKENNENDE KIRCHE

Die Nicht-DC-Geistlichen im Lande fanden sich noch im Herbst auf Initiative von P. Bielfeldt, Rendsburg, zu einer defensiven Not- und Arbeitsgemeinschaft (NAG) zusammen, jedoch in einem gemäßigeren Rahmen als ihn der Pate stehende Notbund M. Niemöllers, Berlin, vorgab. Zu einem oppositionell kämpferischen Vorgehen sah sich die Notgemeinschaft erst gegen Jahresende genötigt, nachdem in Schleswig-Holstein das Pröpsterevirement zugunsten der Deutschen Christen rücksichtslos durchgesetzt worden war und die Reichs-DC in Berlin ihren angeblich neuen Glauben als ein ideologisches Machwerk enthüllt hatten, das der Bibel, besonders dem Alten Testament, und den reformatorischen Bekenntnisschriften widersprach. Auf Initiative K. D. Schmidts, des Kieler Kirchenhistorikers, erarbeitete und veröffentlichte die Notgemeinschaft ein Mißtrauensvotum gegen den Landesbischof, weil unter seiner geistlichen Verantwortung personalpolitische Gewalt geübt und theologische Irrlehre verbreitet würde.

Beim Rendsburger Gründungstreffen der Notgemeinschaft war Pörksen wohl nur deshalb nicht anwesend, weil er vorbereitend auf sein künftiges Breklumer Amt zur Jahrestagung des Evangelischen Missionsbundes nach Barmen entsandt wurde. Das Misstrauensvotum vom 6. Dez. 1933 hat er jedoch schon mitberaten und dann als einer der 21 verantwortlichen Geistlichen unterzeichnet, im Namen von 140 NAG-Mitgliedern. Durch ihn war das Breklumer Missionswerk, als er ab 1. April 1934 sein dortiges Leitungsamt antrat, in den bekennniskirchlichen Notbund eingebunden.

Im kirchenpolitischen Hin und Her des Jahres 1934 (Scheitern einer Befriedungsaktion des Landesbischofs Paulsen und einer zentralen Reichskirche des Reichsbischofs Müller) beschrift die Bekenntnisbewegung auf ihrer Synode in Berlin-Dahlem vom Oktober den Weg des kirchlichen Notrechts, der Errichtung einer Gegenkirche zur DC-Reichskirchenleitung; die Synode empfahl dies auch ihren Bekenntnisgemeinschaften in jenen Landeskirchen, die ihnen als von den Deutschen Christen „zerstört“ galten. Innerhalb der schleswig-holsteinischen Bekenntnisgemeinschaft aber löste das Dahlemer Programm tiefgreifende, kaum überbrückbare Gegensätze bis hin zu latenten Spaltungen aus.

⁶ NEKA 98.40, ABK 234, Westers Briefe vom 18. Aug. 1933 betr. seinen Austritt aus den Deutschen Christen an „Heini“ [= Heinrich Kasch], an die DC-Gauleitung in Kiel u. an den DC-Propsteileiter von Südtondern, Propst H. Kasch.

Das schleswig-holsteinische Bekenntnislager hatte sich inzwischen um eine Gemeindebewegung der Laien erweitert; die kirchenpolitisch aufklärenden und werbenden Bekenntnisgottesdienste hatten in den Sommermonaten an zentralen Orten im Lande und in Breklum stattgefunden. Die Notgemeinschaft bildete sich zur Bekenntnisgemeinschaft um, indem sie mit Vertrauensleuten in den Propsteien und einem zentralen Landesbruderrat eine feste Organisationsstruktur einrichtete. Pörksen wurde in den 8-köpfigen Bruderrat berufen, R. Wester zu dessen Vorsitzendem. Dieser Bruderrat stand nun vor der Aufgabe, die Dahlemer Beschlüsse zum kirchlichen Notrecht auf Schleswig-Holstein anzuwenden.

Die Mitglieder des Bruderrates konnten sich nicht darauf einigen, eine eigene Bekenntnissynode zu schaffen oder sich unmittelbar als notrechtliche Kirchenleitung zu konstituieren. Sie erzielten Einvernehmen lediglich darüber, von der amtierenden Kirchenleitung keine geistlichen Weisungen mehr entgegenzunehmen und jede Zusammenarbeit mit ihren Vertretern abzulehnen. Trotz dieser im November beschlossenen abgeschwächten Ausführungsbestimmungen diskutierte der Bruderrat noch monatelang äußerst kontrovers über die darin vorausgesetzte Illegalität des amtierenden DC-Kirchenregiments und Irrlehre in Äußerungen des Landesbischofs. Zeitweise sah es so aus, als stellte eine starke Gruppe des Bruderrates (P. Bielfeldt, Prof. Tonnesen) die bisherigen eigenen Bewertungen und Beschlüsse infrage, so dass der Vorsitzende Wester Mühe hatte, den eingeschlagenen gemäßigten Dahlemer Kurs aufrechtzuerhalten. Er stellte seine Kollegen vor die zugespitzte Alternative „Entweder gehen wir den Weg des Reiches mit als Leitlinie oder Schluß. Treue gegen die eigene Linie.“⁷ Darin unterstützte Pörksen ihn sogleich: „Entweder-Oder. Werden wir nicht radikal, ist unser Angriff eine Geste. – Ein Nachgeben von uns würde jetzt eine entscheidende Niederlage bedeuten“⁸ und weitreichende Folgen haben. Er plädierte für eine klare, konsequente Linie der Bekenntnisgemeinschaft und des Bruderrates in der eingeschlagenen dahlemitischen Richtung. Wie gefährdet dieser Kurs damals war, erhellt aus dem Umstand, dass Wester zu den zwei nächsten Sitzungen den Vorsitzenden der Reichsbruderrates, M. Niemöller, als Gast hinzuzog.⁹

Die in der schleswig-holsteinischen Bekenntnisgemeinschaft verbreitete Distanz gegenüber dem Dahlemer Notrechtsweg war nicht nur darin begrün-

⁷ NEKA 98.40, ABK 18, handschriftl. Protokoll der LBR-Sitzung, Rendsburg, undatiert, jedoch nach 9. Nov. 1934, Bl. 2.

⁸ Wie vorige Anmerkung, Bl. 3.

⁹ NEKA, 98.40, ABK 17, Protokoll der LBR-Sitzung vom 26. Nov. 1934 und ABK 18, desgl. vom 10. Dez. 1934.

det, dass viele und führende Mitglieder die Illegalität und Häresie der DC-Landeskirche graduell unterschiedlich beurteilten; sie resultierte auch aus dem gleichzeitigen gewandelten Bild, in dem sich die Deutschen Christen gegen Jahresende 1934 darboten. Landesbischof Paulsen gab den Anstoß zur Auflösung der Deutschen Christen,¹⁰ proklamierte – freilich alsbald vergeblich – eine gruppenübergreifende Landeskirchliche Front und bot der Bekenntnisgemeinschaft eine paritätische Beteiligung im leitenden Landeskirchenausschuss an.

Mehrere führende BG-Mitglieder gingen auf diese Kompromissbereitschaft der Gegenseite ein, wie der theologische Konsistorialrat Nielsen, der als Nicht-DC abgesetzte Flensburger Propst Siemonsen und der NAG-Initiator P. Bielfeldt, der sogar den Bruderrat verließ. Wester, K. D. Schmidt und Pörksen indes bildeten dort seither eine Art dahlemitischer Fraktion.

SCHULTERSCHLUSS IM EIGENEN LAGER:

DIE ERSTE SCHLESWIG-HOLSTEINISCHE BEKENNTNISSYNODE 1935

Die aufgebrochenen Gegensätze innerhalb der Bekenntnisgemeinschaft und des Bruderrates entschärften sich im ersten Halbjahr 1935 dank äußerer Einflüsse wieder, die das Bekenntnislager fester zusammenschmiedeten.

Zunächst entfaltete die parteinahe Deutschkirche – Bund für deutsches Christentum – breitangelegte öffentliche Aktivitäten. Sie trat für ein gereinigtes, entjudetes Christentum der deutschen Menschen ein und erhob die in Blut und Boden gegründete Volksgemeinschaft zu einer göttlichen Offenbarung. Vor allem die Religionslehrer der Volksschulen wandten sich dieser in neuen Lehrplänen sanktionierten Variante des Christentums zu und verbreiteten sie im ganzen Lande; an einigen Schwerpunkten fanden bereits „Einsegnungsfeiern“ anstelle der traditionellen Konfirmationen statt.

Unter offenkundigem Druck der Partei gab die Kirchenleitung diesen Umtrieben nach. Sie duldete den veränderten Religionsunterricht, erkannte die deutschkirchlichen Weihefeiern als ordentlich vollzogen an, und der juristische Konsistorialrat Dr. Kinder bewog den Landesbischof schließlich dazu, der Deutschkirche als berechtigte und bedeutende Minderheit ein förmliches „Heimrecht“ in der Landeskirche zuzugestehen.

¹⁰ Die ehemaligen Deutschen Christen Schleswig-Holsteins organisierten sich 1935 zur Lutherischen Kameradschaft; da sie weiterhin personell und mental die Träger des 1933 geschaffenen Kirchenregiments blieben, erscheint es mir berechtigt, von ihnen einfachheitshalber auch über 1935 hinaus als Deutschen Christen zu sprechen.

Die führenden BG-Mitglieder sahen in der Offensive der Deutschkirchler einen sehr ernstzunehmenden Angriff auf Bibel und Bekenntnis; Pörksen lancierte damals einen öffentlichen Gegenangriff, indem er P. Treplin, den späteren LBR-Vorsitzenden, zu einem Beitrag für seine Breklumer Schriftenreihe für Volksmission gewann: „Weder Hauer noch die Deutschkirche. Ein volkstümliches Wort aus Schleswig-Holstein zum Kampf um den christlichen Glauben.“ Mit dieser Reihe brachte Pörksen ein gesichertes Publikationsorgan in die Bekenntnisgemeinschaft ein.

Der zweite Anstoß von außen, der die Bekenntnisführer wieder näher zusammenschließen ließ, ging von der Kirchenleitung selbst aus. Sie schloss jene Vikare des Predigerseminars in Preetz von der Ausbildung und späteren Anstellung aus, die als BG-Mitglieder den Direktor des Seminars kritisierten und sich einem Dozenten verweigert hatten. Beide wären Deutsche Christen alten Stils, – mit einer unkritischen Nachsicht gegenüber den Häresien der Deutschkirche. Diese Vikare, beraten auch von Pörksen, unterstellten sich für ihre weitere, bekenntniskonforme Ausbildung und vor allem Prüfung der Bekenntnisgemeinschaft. Das drängte im Juli 1935 zu einer unmittelbaren und konkreten, zugleich grundsätzlichen und folgenschweren Entscheidung des Bruderrates. Er fühlte sich verpflichtet, die Betreuung der eigenen Vikare selbst in die Hand zu nehmen.

Der Bruderrat und die gesamte Bekenntnisgemeinschaft erkannten, dass sie die doppelte Herausforderung durch die eigenen Vikare und die offensive Deutschkirche erst bei innerer Geschlossenheit und dann mit einem konsequenter dahlemitischen Kurs würden bewältigen können. Dafür steuerte Wester nun eine Bekenntnissynode an, die die nötigen weitreichenden Entscheidungen zu legitimieren hätte, und einen erweiterten Bruderrat, in dem auch die dahlem-kritischen Vertreter Verantwortung übernehmen.

Dass Letztere den Plan einer Bekenntnissynode unterstützten, wurde ihnen zusätzlich erleichtert, weil der Bruderrat inzwischen enge Kontakte zur vorläufigen Kirchenleitung – des bekenntnismäßigen Leitungsgremiums der intakten Landeskirchen – aufgebaut und sich ihr förmlich unterstellt hatte. Die Beteiligung des VKL-Vorsitzenden – des Landesbischofs Marahrens von Hannover – an der geplanten Bekenntnissynode trug wesentlich dazu bei, ein neues kirchenpolitisches Einvernehmen unter den BG-Mitgliedern aller Richtungen herzustellen. „Durch seine Teilnahme an der Synode hebt Marahrens unsere Landeskirche aus dem Winkel heraus und verbindet uns offiziell mit der BK des Reiches,“ wie auch Pörksen mit Genugtuung urteilte.¹¹

¹¹ NEKA, 98.40 ABK 18, handschriftl. Protokoll der Sitzung von Landesbruderrat und Propsteivertrauensleuten vom 12. Juli 1935.

Die erste schleswig-holsteinische Bekenntnissynode vom 17. Juli 1935 in Kiel mit ihren aus den Gemeinden berufenen Synodalen, einschließlich des Bruderrates, wählte den kirchenkämpferisch bisher nicht exponierten P. Tramsen zu ihrem Präsidenten, stellte die 1933 errichtete Kirchenleitung als „kirchenzerstörend“ fest und leitete daraus den kirchlichen Notstand und für dessen Dauer das Notrecht der bekennnismäßigen Selbsthilfe ab; die Synode blieb dann aber hinter Dahlem zurück, wenn sie nicht das Kirchenregiment im vollen Sinne beanspruchte, sondern nur die Geistliche Leitung der Landeskirche, und auch diese nur auf die Prüfung und Ordination des theologischen Nachwuchses konkretisierte. Das entsprach der gemäßigt dahlemitischen Strategie des Bruderrates, durch die es gelang, den ausgeschiedenen Bielfeldt wieder in den Bruderrat zu holen, außerdem erstmals den kirchenkämpferisch erfahrenen Flensburger P. W. Halfmann und P. Treplin, Hademarschen.

Unter dem Titel „Was vor Gott recht ist“ gab der Bruderrat die Referate und Beschlüsse der Synode in einer Broschüre heraus, die im Breklumer Missionsverlag erscheinen konnte. Darin werden die Bekenntnissynode, der Landesbruderrat und das Präsidium der Synode ausdrücklich als „Die Notorgane der ev.-luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins“ bezeichnet.

Der gesamtkirchliche Leitungsanspruch der Bekenntnisgemeinschaft war zu diesem Zeitpunkt nicht ganz unrealistisch, denn die amtierende Kirchenleitung war tief gespalten zwischen Landesbischof Paulsen, der auf die Bekenntnissynode kompromissbereit und sogar VKL-freundlich reagierte, und dem juristischen Kirchenamtspräsidenten von Heintze, der die rebellierenden BK-Vikare sogleich eigenmächtig aus dem landeskirchlichen Dienst ausschloss. Der Bruderrat unterschätzte es aber, dass die Landeskirche sich faktisch gerade von einer bischöflich geleiteten zu einer präsidial geleiteten wandelte. Diese Tendenz würde sich noch verstärken, wenn – wie damals angekündigt – Dr. Kinder von seinem Berliner Amt als Reichsleiter der Deutschen Christen nach Schleswig-Holstein zurückkehrte. Für Breklum war es unabhängig davon wichtig, dass das „Amt für Gemeindeaufbau und Volksmission“ der Bekenntnisgemeinschaft nun einen förmlichen Auftrag besaß, „dem neuen Heidentum“ entgegenzuwirken.

SPALTUNGEN IM EIGENEN LAGER: DIE BEKENNTNISKIRCHLICHE KURSKRISE 1936

Kaum waren die beiden großen Themen der 1. Bekenntnissynode – die Geistliche Leitung und die Deutschkirche – auf einen intern einvernehmlichen Nenner gebracht, da mußte die Bekenntnisgemeinschaft diese auch schon in der kirchenpolitischen und staatlichen Öffentlichkeit vertreten. Der

neue Reichskirchenminister Kerrl wollte die kirchenkämpferischen Lager überwinden und sie unter staatlicher Regie zur Zusammenarbeit zwingen. Das Mittel dazu waren ihm ein Reichskirchen – und mehrere Landeskirkenausschüsse, die unter neutralen Vorsitzenden paritätisch mit gemäßigten DC- und BK-Vertretern zu besetzen waren. Sie sollten als neue Kirchenleitungen fungieren, ihre Entscheidungen aber um der Befriedung willen einstimmig treffen müssen.

Da Kerrl in Schleswig-Holstein unbedingten Wert darauf legte, die Bekenntnisgemeinschaft aus ihrer durch die Synode gestärkten Opposition herauszuholen und in den Ausschuss einzubinden, konnte diese es sich strategisch leisten, weitgehende Bedingungen zu stellen. Darunter waren vorrangig eine bekenntnismäßige Erklärung gegen die deutschkirchliche Irrlehre und die Anerkennung einer eigenen Geistlichen Leitung.

Wegen des Prinzips der Einstimmigkeit stand von vornherein zu erwarten, dass der Ausschuss auf Kompromisslösungen hinauslaufen würde, dass die offensiven Ziele der Bekenntnisgemeinschaft und die defensiven der Deutschen Christen jeweils nur unter erheblichen Abstrichen durchzusetzen sein würden. Volle Kontrolle jedoch besaß die Bekenntnisgemeinschaft darüber, mit welchem Mandat sie ihre Vertreter in den Ausschuss entsenden und ob sie es überhaupt tun sollte.

Der LBR-Vorsitzende Wester war grundsätzlich skeptisch, sich auf den Ausschussweg einzulassen, er beugte sich aber der breiten Kooperationsbereitschaft seiner LBR-Kollegen, noch mehr der Propsteivertrauensleute und vor allem der Gesamtmitgliedschaft. Die beherrschende Aussicht auf eine mögliche kirchenpolitische Befriedung im Lande teilte auch Pörksen, weil er als Mitglied der Reichsbekenntnissynode wußte, dass auch von dorthier eine positive theologische Stellungnahme zu den Ausschüssen vorbereitet würde.¹² Er warnte für Schleswig-Holstein vor einem nicht zu verantwortenden „toten Dasein“, wenn man immer nur Nein sagte.¹³ Der Bruderrat sprach sich dann grundsätzlich für die Mitarbeit im Landeskirkenausschuss aus.

Die Mitarbeit erforderte nach dem Verständnis des Bruderrates, die Modalitäten für die zwei zu entsendenden BG-Mitglieder festzulegen. Sollten sie vom Bruderrat beauftragt, weisungsgebunden und ihm rechenschaftspflichtig sein oder sollten sie als eigenverantwortliche, letztlich gewissen gebundene Verhandlungsführer delegiert werden? In beiden Fällen war ihre loyale Verpflichtung auf die von der Bekenntnissynode vorgegebenen Ziele vorausgesetzt. Allen Beteiligten war jedoch klar, dass der Minister und der

¹² NEKA 98.40, ABK 63, Protokoll der LBR-Sitzung vom 13. Febr. 1936 in Husum, S. 20.

¹³ NEKA 98.40, ABK 18, Protokoll der LBR-Sitzung vom 25. Febr. 1936, S. 24, dort von Halfmann zitierte Äußerung Pörksens am 13. Febr. 1936.

Ausschussvorsitzende nur solche Mitglieder akzeptieren würden, die keinen direkten und detaillierten Weisungen und Vorbehalten ihrer kirchenpolitischen Gruppe unterworfen wären.

Der Bruderrat stimmte Ende Februar mit knappster Mehrheit von 4:3 dafür, die BG-Pastoren Mohr/Flensburg und Adolphsen/Itzehoe für die Mitarbeit im Ausschuss ohne Einschränkungen „freizustellen“. Die befürwortenden Stimmen kamen von den bekannten gemäßigten LBR-Mitgliedern Bielfeldt, Halfmann, Tonnesen, dazu K. D. Schmidt, die ablehnenden Stimmen von den bekannten dahlemitischen Mitgliedern Wester, Treplin und Pörksen.¹⁴ Die drei Überstimmten wandten sich schon wenige Tage danach an den Präsidenten der Bk-Synode, P. Tramsen: Einer der Freigestellten – P. Mohr – vertrete in Sachen Deutschkirche und Geistlicher Leitung eingestandenmaßen nicht die volle Linie des Bruderrates, so dass diese Verhandlungsziele nicht mehr gewährleistet seien. Damit sei „der Anspruch der Synode preisgegeben“ und „der Weg der Bekennenden Kirche in Schleswig-Holstein verlassen worden.“¹⁵ Sie beantragten deshalb, Tramsen möge kurzfristig die Bekenntnissynode einberufen. Die äußeren Umstände des Schreibens wie Ort und Unterschriften machen Pörksen als Verfasser wahrscheinlich.

Pörksen war zu dieser ablehnenden Haltung gelangt, nachdem Mohr eigenmächtig mit Beauftragten des Ministers verhandelt hatte; seitdem gab es für ihn persönlich nur noch ein Nein zu solcher Mitarbeit im Ausschuss. Gleichwohl war ihm auch schmerzlich bewusst, dass eine Ablehnung der allgemeinen Ausschusseuphorie zuwiderlief, denn „niemand in der Gemeinde wird es verstehen, wenn wir Nein sagen, auch unter unseren Brüdern ist weithin das Verständnis für unser Nein nicht vorhanden, und trotzdem kann ich nicht anders handeln.“¹⁶ Für ihn galt zuoberst der Auftrag der Bekenntnissynode und der bedeutete ihm, „wenn es vor Gott recht ist; müssen wir auch dazu stehen.“¹⁷ Deshalb stellte er auch zeitweilige Rücktrittsabsichten wieder hintan.

So begann die inhaltliche Arbeit des Ausschusses vor dem Hintergrund eines gespaltenen Landesbruderrates, was die Verhandlungsposition der beiden BG-Vertreter naturgemäß beeinträchtigte.

¹⁴ NEKA 98.40, ABK 18, Protokoll der LBR-Sitzung vom 25. Febr. 1936 in Rendsburg, S. 27.

¹⁵ NEKA 98.40, ABK 63, Antrag vom 27. Febr. 1936.

¹⁶ NEKA 98.40, ABK 18, Protokoll der LBR-Sitzung vom 25. Febr. 1936 in Rendsburg, S. 25.

¹⁷ NEKA 98.40, ABK 63, Protokoll der BG-Vollversammlung vom 30. März 1936 in Rendsburg.

Bei der Erklärung zur Deutschkirche fand Mohr sich bereit, auf die Nennung des Namens zu verzichten, wenn nur die theologische Verwerfung ihrer Irrlehre klar formuliert würde. Pörksen sah darin eine Rücksicht auf Staat und Partei, denn „der Staat will nicht, dass die Deutschkirche genannt wird, weil der Staat Arm in Arm mit der Deutschkirche marschiert.“¹⁸ Der Ausschuss ließ aber frühzeitig diese Opportunität fallen und gab zwei öffentliche Erklärungen heraus, in denen er es eine Verfälschung des Bekenntnisses nannte, dessen alt- und neutestamentliche Grundlagen als artfremd zu verwerfen und sie durch germanisch-deutsche Kulttraditionen zu ersetzen. Diese „Lehre der Deutschkirche steht demnach im Widerspruch zum Bekenntnis der Kirche.“¹⁹ Ihren Anhängern könne deshalb auch keinerlei „Heimrecht“ in der Landeskirche eingeräumt werden.

Solche unmissverständlichen Aussagen erfüllten alle Erwartungen, die die Bekenntnisgemeinschaft hier an den Ausschuss knüpfte; da durch den einstimmigen Beschluss des Ausschusses auch sein Mitglied Landesbischof Paulsen den Inhalt und Wortlaut gebilligt hatte, konnte die Bekenntnisgemeinschaft von nun an ihren Vorwurf der Irrlehre gegen diesen kaum noch aufrechterhalten. Dadurch war indirekt und unbeabsichtigt dessen Position als geistlicher Leiter der Landeskirche befestigt worden, während die Bekenntnisgemeinschaft doch gerade die eigene Geistliche Leitung als nächstes Ausschussziel anstrebte.

Die Geistliche Leitung einer zerstörten Landeskirche durch die Bekenntniskräfte, wie das Dahlemer Notrecht postuliert hatte, war inzwischen überholt; der staatlich geschaffene Landeskirchenausschuss stellte im Frühjahr 1936 die faktische und die entsprechend den Zeitverhältnissen legale Kirchenleitung dar, – zumindest legaler als die einseitige und selbsternannte von 1933, die nun überformt und einverleibt worden war. Da die Bekenntnisgemeinschaft an dieser neuen Kirchenleitung entscheidend beteiligt war, konnte sie sich schlechterdings nicht an deren Stelle setzen wollen. Pörksen riet seinem grundsatz- und notrechtverhafteten LBR-Vorsitzenden Wester schon früh, die Bekenntnisgemeinschaft solle „den Übergang suchen

¹⁸ NEKA 98.40, ABK 18, Protokoll der LBR-Sitzung vom 25. Febr. 1936 in Rendsburg, S. 18. Pörksen hatte schon in der vorangegangenen LBR-Sitzung vor jedem Kompromiss [Nennung oder Umschreibung der Deutschkirche] in dieser Bekenntnisfrage gewarnt: „Wenn wir zu diesem Kompromiss die Hand reichen und uns auf Formulierungen einigen, die nicht mehr den Kampftruf enthalten: ‚Weder Hauer noch die Deutschkirche‘, [dann] können wir in Schleswig-Holstein nicht mehr handeln.“ s. NEKA 98.40, ABK 63, Protokoll der LBR-Sitzung vom 13. Febr. 1936, S. 10.

¹⁹ Erklärungen des Landeskirchenausschusses vom 4. und 11. März 1936, veröffentlicht in KGVBl. 1936, St. 3, Nr. 22 und St. 6, Nr. 41.

von der These ‚gesamtkirchliche Leitung‘ zur geistlichen Leitung der Bek.kirche.“²⁰ Vor allem Bielfeldt und Halfmann wirkten in gleicher Richtung.

Wester folgte zunächst dieser pragmatischen Selbstbeschränkung, weil es ihm durch Entwicklungen in anderen, gleichgearteten Landeskirchen erleichtert wurde. Dort, etwa in Westfalen, bahnte sich für die Bekennende Kirche eine zweite oder „doppelte geistliche Leitung“ an, ein Nebeneinander deutschchristlicher und bekennniskirchlicher Leitungen. Dem amtierenden Landesbischof Paulsen würde danach ein BK-Geistlicher zur Seite gestellt werden, der gleichberechtigter Teilhaber an den geistlichen Leitungsaufgaben wäre, speziell für die Studenten, Vikare und Pastoren der Bekenntnisgemeinschaft.

Während im Ausschuss schon über die einzelnen Amtsbefugnisse des neuen Geistlichen Leiters – Prüfungen, Ordinationen, Berufungen, Visitationen – fast streitlos verhandelt wurde, beharrten Wester und sein Bruderrat darauf, diesen dann seinerseits mit den Leitungsfunktionen zu beauftragen.

Noch bevor die neu aufgeworfene grundsätzliche Ablehnung oder Bejahung des Ausschusses ausgetragen war, benannte der Bruderrat schon P. Halfmann für die Geistliche Leitung, und der Ausschuss berief ihn am 12. März 1936 zum kommissarischen Oberkonsistorialrat, und das hieß als Beamten im Landeskirchenamt; Halfmann erhielt das Dezernat A 1, das theologische Grundsatzreferat, das die genannten Leitungsaufgaben beinhaltete, – allerdings nach Verwaltungsbrauch des Kirchenamtes jeweils im Einvernehmen mit dem Landesbischof.

Halfmann nahm das Amt an, damit unter dem Dach des Ausschusses für die Dauer des kirchlichen Notstandes bekennnismäßige Aufbauarbeit geleistet werden könnte; dazu wäre er als außerhalb des Ausschusses stehender Dritter leichter in der Lage als die beiden in den Ausschuss eingebundenen BK-Vertreter; vom LBR benannt, dessen geistlichem Leitungsauftrag verpflichtet und vom Ausschuss einstimmig eingesetzt könne er dort wie kein anderer „hauptamtlich in Freiheit tätig“ werden.²¹ Er hat sich dennoch nicht in das Amt gedrängt, er bekannte sogar, er hätte an seiner Stelle lieber einen anderen gesehen, „der mehr Breklumer Luft geatmet hat“,²² – eine unzweideutige Anspielung auf seinen LBR-Kollegen Pörksen.

Nachdem die Entwicklung bereits so weit gediehen war, griff Wester den Antrag, eine außerordentliche Bekenntnissynode einzuberufen, wieder auf und setzte, als dies in der nun gebotenen Eile nicht möglich war, eine Voll-

²⁰ NEKA 98.40, ABK 64, handschriftl. Notiz Westers zur Erklärung des LBR vom 9. März 1936.

²¹ NEKA 98.40, ABK 207, Brief Halfmanns an Wester vom 13. März 1936.

²² Wie vorige Anmerkung.

versammlung der Bekenntnisgemeinschaft an. Zusammen mit Treplin und Pörksen brachte er den Antrag ein, den staatlichen Ausschuss nicht als rechtmäßige Kirchenleitung anzuerkennen, den notrechtlichen Anspruch auf Geistliche Leitung festzuhalten und den beiden BK-Mitgliedern im Ausschuss das Vertrauen zu entziehen (späterer Antrag B/= Nein zum Ausschuss). Dem stellte Halfmann zusammen mit Bielfeldt und Tonnesen den Antrag entgegen, den Anspruch des Bruderrates auf Geistliche Leitung für die Dauer des kirchlichen Notstandes ruhen zu lassen, den Ausschuss währenddessen als treuhänderisches Organ anstelle einer rechtmäßigen Kirchenleitung anzuerkennen und die beiden BK-Mitglieder im Ausschuss als bevollmächtigte Vertreter zu betrachten (späterer Antrag A/= Ja zum Ausschuss).

Die beiden konträren Anträge drohten die Bekenntnisgemeinschaft zu spalten oder gar zu sprengen, denn die Diskussion am 30. März tendierte überwältigend zum kooperativen Antrag Halfmanns. Um einer sicheren Abstimmungsniederlage für seinen Vorschlag zuvorzukommen, regte Wester einige Mitglieder an, einen neuen, einen „Vereinigungsantrag“ zu verfassen. Der neue Antrag C sprach sich primär für die Zusammenarbeit mit dem Ausschuss aus; dem untergeordnet bezeichnete er Halfmanns Aufgaben als „die von ihm verwaltete geistliche Leitung“,²³ gemeint war seine schon geschehene Beauftragung durch den Ausschuss, und verknüpfte sie nun mit der – nachträglichen – Übertragung auf ihn durch den Bruderrat. Diese beiden Elemente – die pragmatische Bejahung des Ausschusses und die gesichtswahrende Rückzugsargumentation bei der Geistlichen Leitung – entsprachen der erkennbaren Willensbildung der Mitglieder, und die war keineswegs gespalten, sondern sehr einheitlich.

Wester ersparte es sich, dass seine, von Treplin und Pörksen geteilte anfängliche Fehleinschätzung offen und direkt dokumentiert würde: Er ließ zuerst über den Antrag C abstimmen und erhielt dafür von den etwa 200 Anwesenden eine 90-prozentige Zustimmung, bei 24 Gegenstimmen und Enthaltungen.²⁴ Nach diesem Ergebnis erübrigte es sich, über die anderen Anträge überhaupt noch abzustimmen.

Die schleswig-holsteinische Bekenntnisgemeinschaft stand in einer einzigartigen Geschlossenheit da, jedoch ihrem LBR-Vorsitzenden und dessen dahlemitischer Fraktion (Treplin, Pörksen) entgegen. Wester zog aus dem indirekten Misstrauensvotum die Konsequenz, von seinem LBR-Vorsitz zurück-

²³ NEKA 98.40, ABK 63, sogen. Antrag Lorentzen auf der BG-Vollversammlung am 30. März 1936 in Rendsburg.

²⁴ Zu den Abstimmungsverhältnissen s. Reumann, Kirchenkampf, 1998, S. 275, Anm. 693.

zutreten,²⁵ er blieb aber einfaches Mitglied im Bruderrat. Ähnlich wollten Treplin und Pörksen sich aus dem LBR zurückziehen, auf Bitten sahen sie jedoch davon ab. Allen Dreien galt es höher, „eine Spaltung unserer Reihen zu vermeiden“ als „mit einer Minorität auch das Nein zu praktizieren“²⁶, wozu Wester neigte. Der Bruderrat erweiterte sich um P. Tramsen, den Präsidenten der Bekenntnissynode, und wählte diesen zugleich zu seinem neuen Vorsitzenden. Die dahlemitische Fraktion hatte im Bruderrat und in der BG-Mitgliederschaft ihre Führung und Mehrheit verloren.

RÜCKKEHR ZUM DAHLEMITISCHEN KURS?

Was im März/April 1936 zunächst wie eine langfristige personelle Gewichtsverschiebung und eine strategische Kurswende erschien, war nur von kurzer Dauer. Schon im Sommer überdeckte die einhellige Ablehnung, dass Dr. Kinder zum Präsidenten des Landeskirchenamtes ernannt würde, alle aufgetretenen Gegensätze.

Der bisherige Präsident von Heintze war von den Ministerialbeamten schon in den Vorverhandlungen für den Ausschuss zum freiwilligen Ruhestand gedrängt worden, um der Bekenntnisgemeinschaft die Mitarbeit zu ebnen. Damals hat der Minister auch diskret sein Wort darauf gegeben, dem amtierenden Vizepräsidenten Dr. Kinder die Nachfolge zu verschaffen, – offenkundig als Kompensation dafür, dass er als kämpferischer Exponent einer kirchenpolitischen Gruppe – der Deutschen Christen – nicht für einen Sitz im Ausschuss in Frage gekommen war. Nun beantragte Landesbischof Paulsen, der Ausschuss solle Kinder termingerecht ab 1. Juli 1936 zum Präsidenten der obersten landeskirchlichen Verwaltungsbehörde bestellen, – außer der fachlichen Qualifikation wegen seiner christlichen Gesinnung, seines Vertrauens bei den Staats- und Parteiinstanzen, darunter des Ministerworts, und besonders wegen des bislang unerfüllten Anrechts der Deutschen Christen auf kirchenleitende Repräsentation.

Aus der Sicht der Bekenntnisgemeinschaft war Kinder untragbar belastet, weil er 1933 die Kirchenherrschaft der Deutschen Christen wesentlich gestaltet hatte und sich, anders als der Landesbischof, später nicht nur nicht von den Deutschen Christen gelöst hatte, sondern noch weiter nach rechts in die Nähe der Deutschkirche gerückt war. Zusätzlich abstoßend wirkte es auf die BG-Mitglieder, wie Kinder für sein persönliches Anliegen politischen Druck bis hin zum NS-Gauleiter Lohse mobilisierte. Ohne dass es einer Ab-

²⁵ NEKA 98.40, ABK 6, Brief Westers an K. D. Schmidt vom 8. April 1936, darin Rücktritt auf den 7. April datiert.

²⁶ NEKA 98.40, ABK 6, wie vorige Anmerkung.

sprache bedurfte, sprach sich der Bruderrat gegen die Präsidentenernen-
nung Kinders aus und die beiden BK-Vertreter im Ausschuss verweigerten
standhaft ihre unumgängliche Zustimmung.

Um die Blockade aufzubrechen, reiste Ende Juli eine ranghohe Delegation
des Ministeriums und des Reichskirchenausschusses in Kiel an. Sie ver-
mochte die führenden BK-Vertreter weder mit Verständnisappellen noch
mit Drohungen umzustimmen. Angesichts solchen unüberwindlichen Wi-
derstandes, wobei nur die Weigerung der beiden Ausschussmitglieder Mohr
und Adolphsen rechtserheblich war, lenkten die Berliner Unterhändler ein
und deuteten die Möglichkeit einer lediglich „kommissarischen Ernennung“
Kinders an. Darauf sind Mohr und Adolphsen schließlich eingegangen, als
ihnen zugestanden wurde, ihre bisher vorgebrachten Bedenken dann als
protokollierte Vorbehalte dem Beschluss anzufügen. Erst in dieser Form
konnte der Ausschuss Dr. Kinder – wie erforderlich – einstimmig „mit der
Führung der Geschäfte des Präsidenten im Landeskirchenamt kommissa-
risch betrauen.“²⁷

Für die Bekenntnisgemeinschaft war dies die Nagelprobe auf das eigen-
verantwortliche Handeln ihrer beiden Vertreter im Ausschuss. Der Bruder-
rat wertete die bedingte Zustimmung sofort als Nachgiebigkeit, als ein Um-
fallen vor dem massiven Druck des Staates. Wester konnte sich in seiner
früheren, damals nicht mehrheitsfähigen Position des Nein zum Ausschuss-
werk nun bestätigt fühlen und griff deshalb den Antrag Wester-Treplin-
Pörksen wieder auf, eine Bekenntnissynode einzuberufen, und witterte so-
gar eine Chance, seinen zurückgezogenen Antrag B/= Nein zum Ausschuss
von neuem aufzulegen.

Gleichzeitig platzte in diese Tage eine neuerliche Führungskrise der Be-
kenntnisgemeinschaft hinein. Nach dem Beschluß der Ausschusses über Dr.
Kinder hielt der Bruderrat eine Sitzung mit den beiden Ausschussmitgliedern
der Bekenntnisgemeinschaft, in der Wester und Mohr so kontrovers aufein-
anderstießen, dass Tramsen sich in seiner Rolle als Vorsitzender überfordert
fühlte. Er erklärte seinen Rücktritt vom Vorsitz und seinen Austritt aus dem
Bruderrat, wobei er Halfmann – nicht Wester – das Vertrauen zuwandte, für
ihn zu handeln, bis der Bruderrat ordentlich umgebildet wäre.²⁸ Wahr-

²⁷ NEKA 98.04, NL. Halfmann, B VIII, Nr. 83, Halfmanns Abschrift des Berufungstextes
und der Erklärungen 1–4 von Mohr und Adolphsen vom 25. Juli 1936; die zentralen
Vorbehalte waren, 1. dass sie ihre Zustimmung gäben, um das Befriedungswerk der
Kirchenausschüsse insgesamt nicht zu gefährden, und 2. dass die kommissarische Er-
nennung eine endgültige Besetzung des Präsidentenamtes nicht präjudiziere.

²⁸ NEKA 98.04, NL. Halfmann, B VIII, Nr. 100, hektographische Mitteilung Tramsens
vom 25. Juli 1936 mit handschriftl. Zusatz an Halfmann.

scheinlich war diese situative Reaktion Tramsens tiefer begründet und letztlich ein Befreiungsschlag, um sich den Beratungen und Bevormundungen Westers zu entziehen. Er fühlte sich „als armes, abhängiges Anhängsel von Wester“,²⁹ und Westers Briefe jener Tage an Tramsen bekräftigten diesen Eindruck.³⁰ Weil ein Rücktritt nach außen „verhängnisvoll wirken“ würde, drängte und überzeugte Wester ihn, seinen Schritt schon tags darauf wieder zurückzunehmen.

Mit diesem wiederhergestellten indirekten Einfluss ging Wester sofort daran, kurzfristig eine Bekenntnissynode vorzubereiten. Den abwesenden Pörksen umwarb er für seine dahlemitischen Ziele, den kirchlichen Notstand erneut festzustellen und dieses Mal auf einer weiterreichenden Geistlichen Leitung zu bestehen; diese Forderung müsse sich „sowohl gegen Paulsen wie gegen Kinder, also gegen beide Behördenspitzen wenden“,³¹ und ihre Erfüllung wäre zugleich die Bedingung dafür, dass die Bekenntnisgemeinschaft weiterhin am Ausschusswerk mitwirke. Wester schien ein Scheitern des Ausschusses in Kauf zu nehmen, wenn nicht gar, es herbeiführen zu wollen.

Pörksen hat dann auf der 2. Bekenntnissynode vom 18. August 1936 diese Nein-Position sinngemäß unterstützt. In der Angelegenheit Dr. Kinder habe der Ausschuss „unkirchlich gehandelt“, nämlich sich letztlich vom politischen Willen des Ministers leiten lassen; er könne sich nicht solchen Argumenten fügen, „hinter denen ich die Faust des Staates erkennen muss.“³² Die Bekenntnisgemeinschaft solle sich vom Ausschuss trennen, nicht aber von den beteiligten beiden BK-Amtsbrüdern; so wie man sie damals freigestellt habe, solle man sie nun bitten, den Ausschuss wieder zu verlassen. Zusätzlich wies Pörksen gegen Dr. Kinder noch auf dessen Protektion der Deutschkirche hin; Kinder gelte außerhalb Schleswig-Holsteins als „ein Einfallstor einer antikirchlichen Bewegung in einer Landeskirche“,³³ und eines solchen dürfe man sich nun nicht selbst bedienen.

Pörksens zweifaches Nein richtete sich gegen die Person und die Präsidenschaft Kinders sowie gegen den Ausschuss und seine staatstreue Nachgiebigkeit. Auf die Grundsatzproblematik von bekenntniskirchlichem Notrecht und Geistlicher Leitung legte er – im Gegensatz zu Wester – kein son-

²⁹ NEKA 98.40, ABK 192, Rückschrift Tramsens an evtl. Bielfeldt auf dessen abschriftl. Brief an Breit vom 1. Sept. 1936.

³⁰ NEKA 98.40, ABK 203, Briefe Westers an Tramsen vom 18. und 26. Juli 1936.

³¹ NEKA 98.40, ABK 27, Brief Westers an Pörksen vom 29. Juli 1936.

³² NEKA 98.40, ABK 31, Protokoll der „2. Bekenntnissynode der Ev.-Luth. Landeskirche Schlesw.-Holst. am 18. August 1936 in Schloss Bredeneek“, S. 24.

³³ Wie vorige Anmerkung, S. 24.

derliches Gewicht. Für Wester hingegen waren jene beiden Elemente vorrangig, denn mit ihnen wollte er den Ausschuss, den er als staatskirchliche Überfremdung der Landeskirche verurteilte, aus den Angeln heben.

Westers Anträge riefen die Synode auf, Mohr und Adolphsen aus dem Ausschuss abzurufen und die Halfmann übertragene Geistliche Leitung wieder zurückzunehmen, falls sie nicht bischofsgleich ausgestaltet würde. Die Synodalen entschärften diese Anträge wesentlich und nahmen sie danach mit großer Mehrheit von 68:12:2 Stimmen an.³⁴ Demgegenüber hatten Halfmann, Bielfeldt und Tonnesen dafür plädiert, die angebahnte Zusammenarbeit nicht aufs Spiel zu setzen, sondern pragmatisch und konstruktiv fortzusetzen.

Wenn sie jetzt aber Wester vorwarfen, er führe die Bekenntnisgemeinschaft zurück zur Dahlemer Praxis und zum dahlemitischen Kurs, so war das nur noch eine verärgerte Polemik mit einem abgenutzten Kampfbegriff. Tatsache jedoch war, dass das LBR-Mitglied Wester dank der ungeschickten Manöver um Kinders Präsidentschaft nun vor und während der 2. Bekenntnissynode wieder zu beherrschendem Einfluß in der Bekenntnisgemeinschaft gelangte, allerdings auf dem Umweg über den LBR-Vorsitzenden Tramsen. Dieser bekannte am Ende der Synode, Wester, Treplin, Pörksen und er wären mit dem Entschluß in die Synode gegangen, vom Präsidium zurückzutreten und aus dem Bruderrat auszusteigen, falls ihre Anträge abgelehnt worden wären.³⁵ Die neue Mehrheit unter den Synodalen entthob sie der Notwendigkeit, die geplante Strategie zu verwirklichen, – ein kalkuliertes Druckmittel war sie dennoch.

DER MISSIONSVERLAG IM DIENST BEKENNTNISKIRCHLICHER ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Tramsen und Wester konnten für das Präsidium der Bekenntnissynode die dort gehaltenen Referate und erzielten Beschlüsse, dazu einen allgemeinen Anhang „Zur Urteilsbildung“, im Breklumer Missionsverlag veröffentlichen. Beide Broschüren standen wieder unter dem anspruchsvollen gesamt-kirchlichen Titel „Zweite Bekenntnissynode der evangelisch-lutherischen Landeskirche Schleswig-Holsteins“. Sie wurden dadurch weit über den Kreis der Synodalen allen Mitgliedern und Freunden der Bekenntnisgemeinschaft

³⁴ Die Bedingung von der „völlig gleichgeachteten Position“ Halfmanns zum Landesbischof wurde dahin abgeschwächt, dass die Geistliche Leitung zurückgenommen werden sollte, „falls die Notwendigkeit sich dazu ergeben sollte,“ s. obiges Protokoll der 2. BK-Synode, S. 27; zur Abstimmung s. ebd. S. 39.

³⁵ NEKA 98.40, ABK 31, Protokoll wie oben, S. 41.

bekannt; sie waren sogar durch die Geschäftsstelle der Bekenntnisgemeinschaft frei zu beziehen.

Was diese Drucklegungen und ihre Verbreitung damals bedeuteten, ist erst voll zu ermessen, wenn man das immer wiederkehrende Ringen der BK-Pastoren um die Verlesung kirchenpolitischer Kanzelerklärungen kennt. Sie waren immer wieder staatlich-polizeilichen Verboten ausgesetzt. Gerade zur Zeit der Bekenntnissynode mußte Wester seinen Kollegen wieder den Mut zu einer öffentlichen Kanzelerklärung nahelegen und er tat das mit der fast schon resignierenden Mahnung „Der gottesdienstliche Raum ist die letzte uns verbliebene Öffentlichkeit.“³⁶ Deshalb war es so wertvoll, dass die Bekenntnisgemeinschaft im Breklumer Missionsverlag, den Pörksen ihr offenhielt, noch ein anderes, weitergespanntes Publikationsforum zur Verfügung hatte.

Als Ende 1936 der Landeskirchenausschuss vor der Auflösung stand und Anfang 1937 Hitler allgemeine Kirchenwahlen ankündigte, gab das den extremen Gruppen des kirchenpolitischen Rechtslagers neue Spielräume, um die – wie sie meinten – verjudete und nicht artgemäß deutsche Kirche anzugreifen. Sie wäre im nationalsozialistischen Staat ein unzeitgemäßer Fremdkörper. Zur Abwehr und Widerlegung dieser offensiven Kirchenfeindschaft verfasste Halfmann die Schrift „Die Kirche und der Jude“; zur Sammlung und inneren Stärkung der Gemeinden schrieb er die Broschüre „Die Stunde der evangelischen Kirche“ / Beide waren im Bruderrat vorgeklärt und wurden von Pörksen in seinem Missionsverlag veröffentlicht.

In „Die Kirche und der Jude“ wandte sich Halfmann gegen die völkischen Weltanschauungskräfte innerhalb der NSDAP, die das Christentum wegen seiner jüdischen Wurzeln diffamierten. Das Ziel und Vorgehen ihres Kampfes wären aber die gleichen wie die der historischen Juden gegen Christus; die gegenwärtigen „Judenfeinde“ wären in diesem Sinne „Judengenossen“. Seinem Anliegen, die Angriffe auf Bibel und Christentum abzuwehren, glaubte Halfmann taktisch dadurch zu dienen, dass er diese deutsch-völkischen Ideologen herausisolierte; dem NS-Staat insgesamt billigte er dagegen im politischen Bereich durchaus die Berechtigung seiner antijüdischen Gesetze zu.³⁷

³⁶ NEKA 98.40, ABK 17, Kleines Protokollbuch des LBR, Sitzung vom 10. Aug. 1936.

³⁷ Die in dieser Schrift enthaltene Problematik des christlichen Antijudaismus kann hier nicht näher ausgeführt werden; es genüge der Literaturhinweis auf 1. Klauspeter Reumann, Halfmanns Schrift ‚Die Kirche und der Jude‘ von 1936, in: Annette Göhrer u. a. (Hgg.), *Als Jesus arisch wurde / Kirche, Christen und Juden in Nordelbien 1933–1945*, Bremen, 2003, S.147–161; 2. Sönke Zankel, *Christliche Theologie im Nationalsozialismus vor der Judenfrage: Die Schrift Halfmanns ‚Die Kirche und der Jude‘*, in: *Demokratische Geschichte*, Bd. 16, Malente, 2004, S. 121–134; 3. Klauspeter Reumann, ‚Filiale der jüdischen Synagoge‘ / Zur Entstehung von Wilhelm Halfmanns ‚Die Kirche und der Jude‘ 1936, in: *Grenzfriedenshefte*, H. 3, Flensburg, 2004, S. 163–178.

Nach Halfmanns zweiter Schrift könnten die erwarteten Kirchenwahlen eine „Stunde der evangelischen Kirche“ werden, wenn nur die Deutschen unbeeinträchtigt an den beiden Testamenten der Bibel festhielten, statt sich von den zeitgenössischen „Bindestrich-Religionen“ einnehmen zu lassen, wie den Deutschen Christen, der Deutschkirche, der Deutschen Glaubensbewegung. Diese griffen nach eigenem Gutdünken aus den christlichen Überlieferungen die ihnen genehmen Teile heraus und füllten sie mit deutschvölkischem Weltanschauungsgut auf. Dieser „heidnische Deutschglaube“ oder das unverfälschte Christentum stünden zur Wahlentscheidung.

Der Verlag druckte von dem Heft „Die Kirche und der Jude“ zunächst 10.000 Exemplare und von dem Heft „Die Stunde der ev. Kirche“ 20.000 Exemplare, doch die über Erwarteten zahlreichen Bestellungen nötigten zu schnellem Nachdruck: bei der ersten Schrift zu einer 2. und 3. Auflage von jeweils weiteren 10.000 Stück, bei der zweiten ging das 20. bis 40. Tausend in Druck und das 40. bis 60. Tausend in Druckvorbereitung.³⁸ Die Abfolge beider Schriften innerhalb weniger Monate und die Auflagen innerhalb weniger Wochen sind ungewöhnlich genug; noch beachtlicher erscheint es, dass Pörksen das zweite Heft in Angriff nahm, als das erste gerade polizeilich verboten worden war. Zu solcher Unbeugsamkeit bekannte er sich damals gegenüber Halfmann, dem Autor, wenn er ihm schrieb, es sei „in dieser Stunde [der Verbote] ein festes Zusammenstehen und eine noch zielbewußtere Arbeit der bekennenden Kirche“ notwendig.³⁹

Die staatlichen Sanktionen begannen Anfang Februar mit der polizeilichen Beschlagnahme der beim Verlag noch vorhandenen 5.000 Exemplare von „Die Kirche und der Jude“, und, was noch gewaltsamer war, die Druckplatten „mußten unter Aufsicht des Wachtmeisters eingeschmolzen werden.“⁴⁰ Die „Stunde der ev. Kirche“ wurde dann noch früher nach ihrem Erscheinen beschlagnahmt. Deshalb vermutete Pörksen, dass das Einschreiten der örtlichen Polizei von der politischen Geheimen Staatspolizei befohlen und vom Reichskirchenministerium über die Reichsschrifttumskammer ausgelöst worden sei. Er mutmaßte hinter den Aktionen einen ehemaligen schleswig-holsteinischen Propst, den inzwischen deutschkirchlichen Propst

³⁸ Der Druck und Vertrieb von Kirche und Jude im Dezember 1936 / Januar 1937 und von der Stunde der Kirche im Februar/März 1937 ergibt sich aus den Briefen Pörksens an Tramsen vom 5. Febr. 1937 in NEKA 98.40, ABK 184, und an Halfmann vom 19. April 1937 in NEKA 98.04, NL.Halfmann B IX, Nr. 179. Pörksen bezifferte damals von beiden Heften 50.000 abgesetzte Exemplare.

³⁹ NEKA 98.04, NL. Halfmann, B IX, Nr. 179, Brief Pörksens an Halfmann vom 19. April 1937.

⁴⁰ NEKA 98.40, ABK 184, Brief Pörksens an Tramsen vom 5. Febr. 1937.

Szymanowski. Sie seien „ein Generalangriff bestimmter Stellen auf Ihre [Halfmanns] Person und Stellung.“⁴¹

Für einen zentral abgestimmten Vorstoß sprechen auch die inhaltsgleichen Begründungen, die Halfmann und Pörksen trotz der ja völlig unterschiedlichen Schriften auf ihre Einsprüche erhielten. Sie erhielten als Begründung der Beschlagnahmen von der Reichsschrifttumskammer und vom Reichskirchenministerium mitgeteilt, dass der Inhalt der Schriften unvereinbar sei „mit den im heutigen Staate vorherrschenden Anschauungen und Grundsätzen“⁴² und er sich „gegen die Weltanschauung des Nationalsozialismus“ richte.⁴³ Als Halfmann wenige Monate später einen weiteren Artikel zur Kirchenwahl veröffentlichte, dieses Mal in „Das Niederdeutsche Luthertum“, erteilte das Propagandaministerium des Dr. Goebbels dem Schriftleiter einen Verweis; er hätte es geduldet, dass Halfmann darin „Maßnahmen des Staates in versteckter Form angegriffen“ und „Anordnungen des Reichskirchenministeriums kritisiert“ habe.⁴⁴

Nach dieser Serie von Sanktionen gegen Halfmanns Veröffentlichungen hat Dr. Kinder, – der nur kommissarische Kirchenamtspräsident – dessen Entlassung aus seinem Amt als kommissarischer Oberkonsistorialrat betrieben. Halfmanns Auftraggeber, der Landeskirchenausschuss, war Anfang 1937 vom Staat wieder aufgelöst worden, so dass Kinder nun Halfmann selbstbewußt entgeghalten konnte, er wäre jetzt „genau so Ausschuss wie damals der Ausschuss,“⁴⁵ nämlich kirchenleitendes Organ. Noch im September wurde Halfmann entlassen.

Pörksen als Verlagsleiter hingegen wurde – etwa wegen inhaltlicher Mitverantwortung – nicht belangt. Er erlitt allerdings durch die Beschlagnahmen erheblichen finanziellen Schaden, 500 Mark bei „Die Kirche und der Jude“ und 800 Mark bei „Die Stunde der ev. Kirche“, so dass er Halfmann um Honoraraufschub bitten mußte.⁴⁶ Dies aber verstellte ihm nicht den Blick für

⁴¹ NEKA 98.04, NL. Halfmann B IX, Nr. 179, Brief Pörksens an Halfmann vom 19. April 1937.

⁴² NEKA 98.04, NL. Halfmann B IX, Nr. 179, Brief der Reichsschrifttumskammer an Pörksen vom 12. April 1937.

⁴³ NEKA 98.04, NL. Halfmann B IX, Nr. 180, Brief der Deutschen Ev. Kirche an Halfmann vom 21. April 1937.

⁴⁴ NEKA 98.04, NL. Halfmann B IX, Nr. 96, Brief des Reichsministers an Schriftleiter P. Kreye vom 5. Juli 1937, den dieser mit Gruß an Halfmann schickte; Halfmanns Artikel „Die kirchliche Entwicklung in Schleswig-Holstein“ in: Das Niederdeutsche Luthertum, H. 11 vom 3. Juni 1937.

⁴⁵ NEKA 98.04, NL. Halfmann B IX, Nr. 145, Notizen Halfmanns von Verhandlung mit Kinder am 23. Sept. 1937.

⁴⁶ Pörksens Briefe an Tramsen vom 5. Febr. 1937 und an Halfmann vom 19. April 1937, s. NEKA 98.40, ABK 184, und 98.04, NL. Halfmann B IX, Nr. 179.

den nachhaltig großen Dienst, den beide Schriften Halfmanns für den bekennniskirchlichen Kampf und die Breklumer Schriftenmission geleistet hätten und durch die in Umlauf befindlichen, durch Verbote und Beschlagnahmen nicht mehr erreichbaren 50.000 Exemplare immer noch täten. Der entstandene finanzielle Engpass nötigte Pörksen andererseits dazu, für eine geplante Volksmissionsfahrt mit Theologiestudenten vom LBR-Vorsitzenden Tramsen einen Zuschuss zu erbitten. Gerade auf diesem Gebiet hatte er während der Zeit des Ausschusses, die ausgleichen und befrieden sollte, zunehmend den Eindruck einer Erschlaffung gewonnen. „Die Volksmission hat in der Zeit, wo es im Kirchenkampf hoch herging, die Zeit ihrer Blüte erlebt. Jetzt, in der Zeit allgemeiner Flaute, liegt auch über der Volksmission eine große Lähmung im ganzen Reich,“⁴⁷ so beurteilte Pörksen die Lage im Sommer 1936 im Vergleich zu den ersten Kirchenkampfsjahren.

Er hätte dieses Urteil auch auf den Kirchenkampf insgesamt ausdehnen und sogar als negative Vorahnung in die folgenden Jahre vorausprojizieren können. Zwischen 1937 bis 1945 breitete sich auf kirchenpolitischem Gebiet eine alles erdrückende Resignation und Untätigkeit aus.

PÖRKSENS BETEILIGUNG AM KIRCHLICHEN NEUAUFBAU 1945

Das Erlahmen des Kirchenkampfes resultierte aus mehreren, zusammenhängenden und sich gegenseitig verstärkenden Faktoren: der Einrichtung der Staatskirche, dem Aufstieg der Nationalkirchlichen Bewegung, dem Sog der Kirchenaustritte und schließlich aus dem Stillhaltekonsens der Kriegszeit.

- Nachdem der Kirchenminister von der Idee kirchlicher Wahlen wieder abgerückt war, erhob er Ende 1937 Dr. Kinder zum Gesamtleiter der schleswig-holsteinischen Landeskirche, nicht etwa den Landesbischof. Die Kirchenleitung durch einen Juristen und in Berlin einflußreichen Parteigenossen bedeutete unmittelbar die Einrichtung der Staatskirche.
- Die Nationalkirchliche Bewegung war von den Thüringer Deutschen Christen ausgegangen und gewann nun wegen ihrer bejahenden Einfügung in den NS-Staat überall im Reich Zuspruch. Der Minister hatte bei den Kirchenwahlen auf ihren Erfolg gesetzt; Dr. Kinder stand ihrem schleswig-holsteinischen Ableger, der Deutschkirche, nahe und begünstigte sie dann als Kirchenleiter über alle Maßen. Die „Nationalkirchliche Einung Deutsche Christen“, ein programmatischer Verbund deutsch-

⁴⁷ NEKA 98.40, ABK 31, Wortprotokoll der 2. Bekenntnissynode vom 18. Aug. 1936, S. 24.

christlicher Kirchenleiter, gewann in den letzten Monaten vor Kriegsbeginn auch Dr. Kinder und seine Landeskirche zum Beitritt. Die gemeinsame Basis war, den christlichen Glauben als vereinbar mit der nationalsozialistischen Weltanschauung und als unvereinbar mit allem Jüdischen zu erklären.

- Der allseitige Druck und Sog zur NS-Weltanschauung schlug sich meßbar in den Zahlen der Kirchengaustritte nieder. Sie schnellten von 1937 bis 1939 um über 400 % in die Höhe: von 4.731 auf 20.492 Personen. Eine solche Flucht aus der Kirche legte allen kirchenpolitisch gegnerischen Gruppen eine gewisse Zurückhaltung ihres offenen Kampfes nahe.
- Schließlich ließ auch der Ausbruch des Krieges die innerkirchlichen und vollends die gegen den Staat gerichteten Auseinandersetzungen in den Hintergrund treten. Es herrschte stillschweigender Burgfrieden.

Wenn unter all diesen Umständen ein führender Kirchenkämpfer wie das langjährige LBR-Mitglied Treplin zu der Überzeugung gelangte, es wäre „das Kirchenregiment bei uns nicht in der Weise kirchenzerstörend wie anderswo,“⁴⁸ so markiert das ein Abrücken von den Fronten der frühen Jahre. Als neuer Vorsitzender des Bruderrates ab Herbst 1943 verstand Treplin dann die Rolle der Bekenntnisgemeinschaft nur noch als eine sehr eingeschränkte, selbstbescheidene: Sie sei durch ihre bloße Existenz „ein unübersehbar aufgehobener Finger der Mahnung,“⁴⁹ – wohl eine untertreibende Umschreibung des bekenntniskirchlichen Wächteramtes. Er war sogar bereit, die Bekenntnisgemeinschaft aufzulösen, falls die Pastorenschaft und die kirchenpolitischen Gruppen sich auf die bekenntnismäßigen Minimalthesen des württembergischen Landesbischofs Wurm (BK) einigen würden.

Über den Fortgang dieses Einigungswerkes berieten die BG-Organen auch im Juni 1943, als der abwesende Pörksen durch einen Kollegen am Ende die völlig unvermittelte Bitte vorbringen ließ, „zu durchdenken, was getan werden muß, um ein Kirchenregiment sicherzustellen, falls das bisherige zusammenbrechen sollte?“⁵⁰ Pörksen meinte wohlgerne nicht den Fall, dass die bestehende Kirchenleitung gestürzt werden sollte, und schon gar nicht durch die Bekenntnisgemeinschaft. Er muss vielmehr geheime Informationen gehabt haben, dass Dr. Kinder seinen Rücktritt von der Kirchenleitung

⁴⁸ NEKA 98.40, ABK 192, Brief Treplins an Bielfeldt vom 22. Febr. 1943.

⁴⁹ NEKA 98.40, ABK 192, Brief Treplins an Bielfeldt vom 13. Jan. 1944.

⁵⁰ NEKA 98.40, ABK 17, kleines Protokollbuch des LBR, Sitzung der Propsteivertrauensleute vom 28. Juni 1943 in Hademarschen.

plante und vorbereitete. Zugleich wusste er den Bruderrat daran gänzlich unbeteiligt und auf solchen eigentlich langerstrebten Fall überhaupt nicht eingestellt.

Kinder wich augenscheinlich vor den Anfeindungen gegen sein juristisches „Einmannsregiment“ in der Kirche zurück und bahnte sich den Wechsel in das Amt des Kurators – des leitenden Verwaltungsbeamten – der Kieler Universität an. Da er keinen gleichartigen Nachfolger für seine vom Staat weiterhin gewünschte Leitungsstruktur benennen konnte, machte er dem Minister ein kollegiales Gremium schmackhaft. Es sollte so besetzt werden, dass es einerseits „Aufgeschlossenheit für alle Belange des Staates und der Partei und im übrigen Großzügigkeit in theologischen Fragen sowie Innehaltung einer absoluten Ordnung in der Landeskirche“ gewährleiste und andererseits gewillt sei, „allen Bestrebungen der Bekenntniskirche wirksam zu begegnen.“⁵¹ Kinder konstruierte den neuen Landeskirchenrat so, dass ihm unter der Gesamtleitung des Präsidentennachfolgers, des juristischen Konsistorialrats Bührke, und in rein geistlichen Sachen unter Leitung des Landesbischofs fünf weltliche Mitglieder angehörten, die er selbst nach seinem kirchenpolitischen Wunschbild ausgewählt hatte: Einer war der Landesleiter der Deutschkirche, zwei standen den Deutschen Christen nationalkirchlicher Richtung nahe und zwei rechnete er der kirchlichen Mitte zu. Im Herbst 1943 stimmte der Minister dieser Struktur und die Partei diesen Personen zu und damit auch dem Wechsel Kinders vom Kirchen- in den Staatsdienst.

Der Zusammenbruch des Kirchenregiments, den Pörksen für möglich gehalten hatte, trat nicht ein. Das System Staatskirche funktionierte weiter. Der neue Präsident war kirchenpolitisch unbelastet und daher für die Bekenntnisgemeinschaft persönlich nicht anfechtbar; die personelle Besetzung des Landeskirchenrates dagegen bewertete sie als eine unannehmbare offizielle Anerkennung und Beteiligung der rechtsextremen Deutsch- und Nationalkirchler an der Leitung der Landeskirche. Der Bruderrat verzichtete dennoch auf öffentlichen Protest und verfolgte stattdessen zusammen mit der ungebundenen Mitte um Siemonsen das Würmsche Einigungswerk intensiv weiter. Die nachdenklicheren Beteiligten ahnten ohnehin, dass es für die nahe Zukunft nur noch um ein Zuwarten (Siemonsen) und Überwindern (Bielfeldt) ging, was man aber nur in vertrauten Kreisen zu äußern riskierte.

⁵¹ Bundesarchiv, Abt. Potsdam, Reichskirchenministerium Nr. 23 225, Bl. 290f., Brief Kinders an Minister vom 25. Juni 1943.

Die sichere Gelegenheit zu neuen Entscheidungen ergab sich erst im Mai 1945 nach dem militärischen und staatlichen Zusammenbruchs der NS-Herrschaft. Die ersten Überlegungen und Maßnahmen zur kirchlichen Neugestaltung lassen sich aus einer Sitzungsmitschrift Halfmanns und vor allem aus den ausführlichen Berichtsbriefen Pörksens an Völkel und Treplin rekonstruieren.⁵²

Noch am Kapitulationstag, dem 8. Mai, versammelten sich die angereisten Siemonsen, Pörksen und Treplin und wahrscheinlich auch der Flensburger Propst Hasselmann bei dem Senior der Geistlichen, dem emeritierten Pastor und Rektor der Flensburger Diakonissenanstalt. Sie rechneten mit einem „Vacuum“ in der Kirchenregierung, entweder durch Rücktritt des Präsidenten und Landesbischofs oder mit deren Absetzung durch die Engländer. Für solchen Fall wollten sie eine schnelle neue Kirchenleitung notdürftig legitimiert herausstellen. Sie dachten an den 1933 abgesetzten Altbischof Völkel als neuen Bischof und, da sie bei ihm Bedenken erwarteten, faßten sie schon ins Auge, ihm zwei Geistliche assistierend beizugeben und so einen kirchenleitenden „Dreierausschuss“ einzurichten. Sie beauftragten Siemonsen und Pörksen, die mit Völkel eng vertraut waren, in diesem Sinne mit ihm zu verhandeln. Wahrscheinlich waren sogar diese beiden als Völkels Assistenten vorgesehen, wobei Siemonsen die ungebundene Mitte und Pörksen die Bekenntnisgemeinschaft repräsentiert hätte. Völkel lehnte jedoch eine Position als Bischof ab, er war lediglich zur „Mitarbeit an sichtbarer Stelle“ bereit. Unterdessen besann sich der LBR-Vorsitzende einer anderen Kirchenleitung, die er nun für die Bekenntnisgemeinschaft reklamierte; ihr sollte durch eine Unterschriftenaktion der Pastoren das Vertrauen ausgesprochen werden. Treplin teilte Pörksen brieflich mit: „Die bekennende Kirche ist zur Führung berufen.“ Pörksen hatte dafür Verständnis, wußte aber auch, dass die Vertreter der ungebundenen Mitte – Siemonsen und Hasselmann – einer rein bekenntniskirchlichen Leitung abgeneigt wären.

Um dem zuvorzukommen, rief Hasselmann auf Initiative von Siemonsen für den 28. Mai einen größeren Kreis von Kirchenmännern zu diesem nach Schleswig zusammen. Siemonsen hatte einen kirchlich und regional reprä-

⁵² NEKA 11.03, Bischof für Holstein, Nr. 95, Halfmanns Mitschrift von der ersten Sitzung des Schleswiger „Arbeitskreises“ vom 28. Mai 1945; NEKA 98.40, ABK 379, Briefe Pörksens an Treplin vom 22. Mai 1945, an Völkel vom 29. Mai 1945 und an Treplin vom 30. Mai 1945. Diesen 4 Quellen entstammen, jeweils ohne Einzelnachweis, die folgenden Zitate.

sentativeren Kreis angesteuert als die vorausgegangene ad hoc-Runde in Flensburg.⁵³

Dieser Schleswiger „Arbeitskreis“ mußte wegen Völkel's eingeschränkter Bereitschaft und wegen Treplins Führungsanspruch für die Bekenntnisgemeinschaft die Frage der Kirchenleitung neu beraten. Die Teilnehmer gelangten dieses Mal aber zu der Überzeugung, trotz des erweiterten Kreises nicht hinreichend legitimiert zu sein, um eine neue Leitung direkt zu nominieren; es wäre, da sich die alte Kirchenregierung noch im Amt befinde, eine „Gegenkirchenregierung ohne wirkliche Autorisierung.“ Dies gab den Spielraum, auf Vorschlag von Siemonsen⁵⁴ einen anderen Weg zu beschreiben, der spezifisch kirchliche Legitimation besaß, den „Weg aus der Gemeinde heraus,⁵⁵ den „Weg über die gegebenen Kirchenvorstände und Pröpste.“⁵⁶ Dieser synodale Weg, von Vorläufigen Propsteisynoden über eine Vorläufige Gesamtsynode zu einer Vorläufigen Kirchenleitung zu gelangen, fand einhellige Zustimmung und wurde so beschlossen.

Pörksen befand sich hier in einem Dilemma als Mitglied des Bruderrates. Dessen Vorsitzender hatte ihm seine Vorstellungen und Vorschläge mitgeteilt, – offenbar, damit er sie bei nächster sich bietender Gelegenheit geltendmachen sollte.⁵⁷ Als nun Treplin zum Schleswiger Arbeitskreis nicht anreisen konnte, berichtete Pörksen ihm geradezu apologetisch über die Sitzungsinhalte, die nun an mehreren Stellen von seinen Vorschlägen abwichen. Gegenüber Völkel ging Pörksen sogar so weit zu beteuern, daß „ohne dessen [Treplins] Beisein diese Zusammenkunft eigentlich nicht hätte stattfinden können.“ Er bemühte sich wortreich, Treplins Aufgabe dahin zu lenken, dass er das für Schleswig verabredete Verfahren und Ziel auch für Holstein in Angriff nähme. Angesichts der dort zahlreichen und mächtigen

⁵³ Es waren die Pröpste Hasselmann, Siemonsen und Röhl für die Propsteien Flensburg, Schleswig und Husum, Pastor Martensen für die Propstei Südangeln, die Pastoren Bielfeldt, Rendsburg, und Mohr, Flensburg, beide ohne näheren Bezug, Studienrat Brodersen wohl für die Religionslehrerschaft, Pastor Halfmann „als einziger Vertreter des Landesbruderrates der bekennenden Kirche“ sowie Pastor Pörksen, der dann für Breklum geladen worden sein mußte. Es deutet auf eine Auswahlüberlegung Siemonsens, der Bekenntnisgemeinschaft und speziell ihrem Bruderrat kein Übergewicht zu geben, wenn einzig Halfmann explizit die BK vertrat, ansonsten aber die beiden bruderratskritischen BG-Mitglieder Bielfeldt und Mohr geladen waren. Der LBR-Vorsitzende Treplin war geladen, aber krankheitshalber verhindert.

⁵⁴ Siemonsens Autorenschaft geht aus dem Dankesbrief hervor, den Treplin nach der Gesamtsynode am 29. Aug. 1945 an ihn richtete, s. NEKA 98.40, ABK 379.

⁵⁵ NEKA 98.40, ABK 379, Brief Pörkens an Treplin vom 30. Mai 1945.

⁵⁶ NEKA 98.40, ABK 379, Brief Treplins an Siemonsen vom 29. Aug. 1945.

⁵⁷ Dieser Brief Treplins an Pörksen vom 23. Mai 1945 ist in den einschlägigen NEKA-Akten nicht erhalten.

DC-Pröpste leugnete Pörksen nicht die möglichen Widerstände, riet aber dazu, den synodalen Weg der Vorläufigen Propsteisynoden notfalls „auch ohne die Pröpste oder gegen die Pröpste“ zu gehen.

Mit dieser Konsequenz war der Schleswiger Arbeitskreis auch verfahren. Siemonsen hatte die belasteten Pröpste von Nord- und Südangeln, von Eiderstedt und Südtondern gar nicht erst eingeladen, und der am 28. Mai versammelte Kreis beauftragte vier seiner Mitglieder, mit jeweils einem dieser Pröpste dahin zu verhandeln, daß er seine Vollmachten an einen empfohlenen Pastor übertrug, – das waren in allen Fällen BG-Pastoren. Der Kreis um Siemonsen war sich bewusst, dass dieses Auswahlverfahren bereits eine gewisse Vorentscheidung über das Verbleiben im Amt wäre. Pörksen fiel es zu, den Südtonderner Propst Gottfriedsen zu bewegen, die Leitung der dortigen Vorläufigen Propsteisynode P. Clausen, Leck, zu übernehmen.

Auf der obersten landeskirchlichen Ebene von Präsident und Landesbischof hoffte der Arbeitskreis auf eine Regelung „ohne unser Zutun.“ Um auf dem geplanten synodalen Weg ohne Verzug voranzukommen, haben zunächst Siemonsen und Völkel, dann Halfmann und Pörksen den Präsidenten aufgesucht und von ihm die Bereitschaft signalisiert erhalten, dass er seine Gesamtleitung nicht mehr ausüben würde, sondern sich als ausführendes Organ einer neuentstehenden geistlichen Leitung unterstellte; auch würde er in den holsteinischen Propsteien den Weg der Vorläufigen Synoden in Gang setzen. Er hat dies loyal und erfolgreich getan, freilich unter Belassung etlicher DC-Pröpste von 1933 in ihren Funktionen. Landesbischof Paulsen hingegen war nicht zum sofortigen und faktischen Rücktritt bereit; er würde diesen zu gegebener Stunde erklären, was dann erst wenige Tage vor Zusammentritt der Vorläufigen Gesamtsynode geschah.

Während die Synodalvorbereitungen im Juni/Juli fortschritten, hat der Schleswiger Kreis vorsorglich schon über die möglichen Kandidatenvorschläge für die Vorläufige Kirchenleitung diskutiert. Man kam wieder auf das ursprüngliche Dreiergremium aus einem Bischof und zwei bischofs-gleichen Assistenten zurück; als Bischof sollte Völkel endgültig gewonnen werden, als Assistenten wurden „in erster Linie genannt Halfmann, Pörksen und Treplin.“ Halfmann äußerte sich nicht dazu, Treplin war nicht anwesend, und Pörksen „widerstrebte stark: Er müsse seiner missionarischen Aufgabe gerade jetzt seine Kraft zur Verfügung stellen. Aber Hasselmann setzte ihm mit starken Gründen und großer Energie zu, so dass sein Widerstand schließlich schwächer wurde.“⁵⁸

Hier zeigte sich zum ersten Mal eine persönliche Tragik Martin Pörksens. Zum einen besaß er in der Bekenntnisgemeinschaft und über diese hinaus

⁵⁸ NEKA 98.40, ABK 379, Brief Bielfeldts an Treplin vom 19. Juni 1945.

hohes Ansehen und Vertrauen bei seinen Amtsbrüdern, so dass diese ihn in Führungspositionen der Landeskirche zu sehen wünschten; zum andern war er mit seiner Breklumer ökumenischen Seelsorge unentrinnbar verwachsen, auch wenn er einmal anderen Rufen nachgab. Dabei tritt deutlich hervor, daß individuelle Leitungsgremien ihm widerstrebten und ihm allenfalls kollegiale Führungsgremien zusagten.

Er sah diese persönliche Spannung auch prinzipiell, losgelöst von seiner Person. Er trat Hans Asmussen energisch entgegen, der im Juli in Schleswig-Holstein erschien,⁵⁹ um im Auftrag der Vorläufigen Leitung der DEK in Stuttgart die kirchliche Neuordnung Schleswig-Holsteins zu lenken und dafür ein starkes Bischofsamt anregte. Das irritierte hierzulande, wo längst ein synodaler Aufbau eingeleitet war. Pörksen argumentierte gegen Asmussens Episkopalismus mit der doppelten kollegialen Leitung, daß hier beim geistlichen, eventuell bischöflichen Leiter und seinen theologischen Assistenten und Visitatoren „die geistliche, ja die ganze Führung liegen müsse,“ und darüberhinaus noch „ein größerer Kreis (Kirchenregierung oder Ausschuss), der nicht ständig beisammen sei, nötig und nützlich wäre.“⁶⁰ Pörksen hatte die schleswig-holsteinische Alternative artikuliert, und das war „das Verdienst, die Linien wieder zusammengebogen zu haben.“⁶¹

Er hatte offenbar ein feines Gespür für die allgemeine Abneigung gegen Asmussen. Bei den konkreten Personalvorschlägen „machte wieder Pörksen den guten Vorschlag, dass der hierfür – vorgeschlagene Asmussen doch besser nicht zu dem führenden Kreis, den Visitatoren, gehören sollte, sondern in den größeren Kreis, eben als Verbindungsglied zur DEK und zu Wurm.“⁶² Damit gab Pörksen schon früh eine Richtung vor, in der das Problem Asmussen – der ihm unterstellte Anspruch auf das Bischofsamt – abgebogen werden könnte. Endgültig ist das erst Halfmann in seinen nächtlichen Verhandlungen mit Asmussen während der Synode gelungen.

Das Problem Asmussen besaß auch noch eine inhaltliche, geistliche Dimension. In seinem programmatischen Vortrag vor der Vorläufigen Gesamtsynode „Die Stunde der Kirche“⁶³ wies er der zu schaffenden Kirchenleitung geradezu autoritativ ihre Aufgaben zu: Sie solle bei der Gestaltung der neuen, jungen

⁵⁹ Asmussen war ein Entlassungsoffer der schleswig-holsteinischen DC-Kirchenleitung von 1933 und leitete seitdem das Sekretariat der Deutschen Evangelischen Bekenntnissynode.

⁶⁰ NEKA 98.40, ABK 379, Brief Bielfeldts an Treplin vom 18. Juli 1945.

⁶¹ Wie vorige Anmerkung.

⁶² Wie vorige Anmerkung.

⁶³ Druck des Vortrags bei Kurt Jürgensen, Die Stunde der Kirche – Die Ev.-Luth. Landeskirche Schleswig-Holsteins in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg, SSHKG.R. I, Bd.24, Neumünster, 1976, Dokument 3, S. 265–276.

Kirche nicht an die bürgerliche Kirche von vor der NS-Zeit anknüpfen und schon gar nicht etwa diese restaurieren; denn diese sei das Endergebnis einer 400jährigen Fehlentwicklung gewesen, des rationalistischen Konfessionalismus; die neue Kirche aber erwüchse aus den Erfahrungen der Bekennernden Kirche als primär einer Sakramentsgemeinschaft.

In der anschließenden, emotional aufgeladenen Diskussion sprachen sich sehr viele Synodale gegen Asmussens Geschichtsbild und Vorstellung von Kirche aus. Einzig Treplin hielt eine „gewaltige Apologie für Asmussen,“ wie Halfmann mit leichter Distanzierung notierte.⁶⁴ Auch Pörksens knappe Äußerung, es sei die „entscheidende Frage: anfangen wo wir 1932 aufhörten, oder neue Kirche,“ war als Zustimmung zu Asmussen gemeint.⁶⁵ Pörksen beachtete nicht, welcher Widerspruch es dann war, in Schleswig-Holstein so einmütig und nachdrücklich den Altbischof Völkel für das neue Bischofsamt zu gewinnen.

Der vorbereitende Ausschuss legte der Gesamtsynode, die vom 14. bis 16. August 1945 in Rendsburg zusammentrat, eine modifizierte Leitungsstruktur vor, weil Völkel das Bischofsamt unverändert ablehnte. Es war nur eine 8-köpfige Vorläufige Kirchenleitung zu wählen, die dann ihren Vorsitzenden selbst bestimmen würde. Unter den Kandidaten für die vier geistlichen Sitze der Kirchenleitung war wiederum Pörksen vorgeschlagen. Er zog aber seine Kandidatur im letzten Augenblick vor der Abstimmung zurück, wie Halfmann neben den vorgeschlagenen Namen notierte: „Pörksen erklärt Rückzieher“.⁶⁶ Bei der Wahl erhielt Völkel die höchste Stimmzahl von allen Kandidaten: 91 von 92 berechtigten Stimmen. Er war uneingeschränkt der Vereinigungskandidat aller Synodalen, von den bekennniskirchlichen über die der ungebundenen Mitte bis hin zu den Deutschen Christen von 1933. Er hätte wohl auch für den VKL-Vorsitz sämtliche Stimmen auf sich vereinigen können, wenn er es nur gewollt hätte. Er blieb aber konsequent bei seiner Ablehnung einer alleinigen Leitungsposition, so dass die Mitglieder der Kirchenleitung nun Halfmann zum Präses der schleswig-holsteinischen Landeskirche wählten.

⁶⁴ NEKA 11.03, Bischof für Holstein, Nr. 95, Halfmanns Mitschrift von der Vorläufigen Gesamtsynode, hier „Besprechung der Vorträge“, S. 10.

⁶⁵ Wie vorige Anmerkung, S. 10. Treplin und Pörksen stimmten in dem Ziel „Junge Kirche“ überein, nachdem Treplin noch unmittelbar vor der Gesamtsynode brieflich auch auf die Einschränkungen hingewiesen hatte; der synodale Weg „über die Pröpste, wie sie eben da waren,“ berge die „schwere Gefahr, dass in den kräftigen Wein der von uns angestrebten jungen Kirche ein sehr starker Schuss vom Wasser der alten Kirche hineinkommt.“ s. NEKA 98.40, ABK 379, Brief Treplins an Pörksen vom 1. Aug. 1945.

⁶⁶ Wie vorige Anmerkung, Halfmanns Mitschrift, S. 13.

Die Kirchenleitung war sofort mit drängenden Problemen überhäuft: mit der Überprüfung, Bestätigung oder Absetzung der amtierenden Pröpste und der Auswahl neuer Pröpste, mit den Auseinandersetzungen um das Stuttgarter Schulbekenntnis, mit den Entnazifizierungsforderungen der britischen Behörden, mit der Beschäftigung der Flüchtlingspastoren, mit Verhandlungen um Schule und Religionsunterricht, um Universität und theologische Fakultät.

Bei den Personalentscheidungen gab es die hartnäckigsten Schwierigkeiten. Besonders die wegen NS- und DC-Belastung ins Pastorenamt zurückversetzten Pröpste legten mit opportunen, schwer zu widerlegenden Beweisen ihren Widerspruch ein, so dass die Kirchenleitung manche Entscheidung abmildern musste. Solche Nachgiebigkeit wiederum war den Bekenntnisleuten zuwider, die nun eigenes Belastungsmaterial zusammentrugen und an den Bruderrat schickten. Treplin sandte diese Einwendungen schließlich als förmliche Beschwerde gegen zwei besonders nachsichtige Pröpstebelastungen an die Vorläufige Kirchenleitung.⁶⁷

Nach Einblick in diese Fälle wandte sich Pörksen sofort persönlich an seinen LBR-Vorsitzenden Treplin und an Präses Halfmann. Das Wächteramt der Bekenntnisgemeinschaft erfordere jetzt drei dringliche Schritte: die Visitationen seien sofort zu beginnen, die Kompetenzen zwischen Kirchenleitung und Landeskirchenamt zu klären und das übergeordnete Ziel der Gesamtsynode, „Kirche im Angriff, aber nicht Restauration,“ konsequent zu verfolgen.⁶⁸ Letzteres war zwar das von Asmussen vor der Synode dargelegte und dort von Treplin und Pörksen befürwortete Ziel, doch wäre es, nach den Diskussionsbeiträgen zu urteilen, in der Synode nicht mehrheitsfähig gewesen.

Die Eingabe Treplins und Pörksens brachte Halfmann als Präses in eine delicate Lage. Gerade als Bekenntniskirchler hätte es ihn kompromittiert, wenn er einem Einspruch des LBR-Vorsitzenden gefolgt wäre. Seine VKL-Kollegen Völkel und Graf Rantzau nutzten die taktisch günstige Situation weidlich aus: Sie verteidigten die beiden strittigen Pröpste nicht nur, sondern deuteten sogar drohend an, ihre VKL sei keine echte Leitung mehr, wenn sie solche Proteste von außen annähme.

Für Halfmann bestätigte und überschlug sich hier, was er von den Tagen der Gesamtsynode her wußte, daß – spiegelbildlich zu dieser – auch die gewählte Kirchenleitung keine „homogene Zusammensetzung“ besaß. Nun,

⁶⁷ NEKA 98.40, ABK 379, Eingabe des LBR-Vorsitzenden Treplin an die VKL vom 29. Okt. 1945 gegen die revidierte Entscheidung, die Pröpste Bestmann, Glückstadt, und Gottfriedsen, Leck, in ihren Ämtern zu lassen.

⁶⁸ NEKA 98.40, ABK 379, Brief Pörksens an Treplin vom 2. Nov. 1945.

nach dreimonatiger Arbeit als Präses bilanzierte er nochmals, „dass unsere VKL eben keine reine BK-VKL ist,“ ging nun noch deutlicher darüber hinaus: „Völkel und Rantzau sind reaktionär.“⁶⁹ Von dem weltlichen VKL-Mitglied war kaum anderes zu erwarten, denn er war bereits Mitglied des von Dr. Kinder geschaffenen Landeskirchenrates gewesen. Von dem geistlichen Mitglied Völkel, zu dem sich die Gesamtsynode zu 100 % bekannt hatte, war Halfmann sichtlich enttäuscht. Er halte die Wahl des „trefflichen Bischof Völkel,“ dem er damals selbst seine Stimme gegeben habe, inzwischen nicht mehr „für eine glückliche Wahl. Er hemmt.“⁷⁰ Das war ein außerordentlich hartes Urteil, – gegen die Person, gegen die Synode und auch gegen sich selbst. Halfmann räumte nach dreimonatiger Erfahrung eine partielle, aber strukturelle Fehlentwicklung ein, jedoch nur „sehr vertraulich“ gegenüber dem LBR-Vorsitzenden. Die Ursache dafür sah er nun rückblickend in den personalen Konstellationen der Gesamtsynode: „Es ist schade, dass Asmussen nicht da ist und dass Pörksen kein Amt in der VKL angenommen hat!“⁷¹ Asmussen und Pörksen standen für eine andere Ausrichtung der neuen schleswig-holsteinischen Landeskirche. Bei ihren geistlichen Trägern verstärkte sich, aktuell vor allem durch die Stuttgarter Schulderklärung der Evangelischen Kirche Deutschlands, eine breite Tendenz, die weniger auf grundlegende Erneuerung als vielmehr auf Beharrung, Rechtfertigung und Kontinuität setzte.

Diese Auseinandersetzungen betrachtete Pörksen mit unmittelbarer Betroffenheit, denn der kritisierte Völkel war immerhin sein hochgeschätzter Freund und Vorsitzender seines Breklumer Missionsvorstandes; er betrachtete sie aber auch mit einer ehrlichen Distanz, wenn er bekannte, daß ihm „wichtiger als diese Personalpolitik die positive Aufbauarbeit, die heute zu leisten ist,“ wäre.⁷² Solche Aufbauarbeit vor Ort leisteten er und seine Mitarbeiter im überschaubaren und selbstverantworteten Bereich der Breklumer Missionsanstalt.

⁶⁹ NEKA 89.40, ABK 379, Brief Halfmanns an Treplin vom 18. Dez. 1945.

⁷⁰ Wie vorige Anmerkung.

⁷¹ Wie vorige Anmerkung.

⁷² NEKA 89.40, ABK 379, Brief Pörkens an Treplin und gleichlautend an Halfmann vom 2. Nov. ???